

Opfer zweier Diktaturen

Zwangsarbeiter im Donbas unter Hitler und Stalin

Zwangsarbeit ist in der westlichen Forschung zum Zweiten Weltkrieg seit der grundlegenden Arbeit von Ulrich Herbert aus dem Jahr 1985 immer mehr zu einem zentralen Thema geworden und hat insbesondere im Zusammenhang mit den letzten Entschädigungsdebatten und Auszahlungsprogrammen eine starke Konjunktur erfahren.

Die öffentliche Wahrnehmung der NS-Zwangsarbeit ist bis heute stark von den Definitionen der Entschädigungsgesetze geprägt. Zuletzt waren in den Jahren 2001 bis 2006 im Rahmen des Auszahlungsprogramms der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ 8,7 Milliarden DM an 1,66 Millionen NS-Zwangsarbeiter in 98 Ländern der Erde ausbezahlt worden, wobei der Schwerpunkt auf Ost- und Ostmitteleuropa lag. Einige der osteuropäischen Zwangsarbeiter hatten damit erstmals eine Entschädigungsleistung erhalten. Ähnlich wie in diesem Auszahlungsprogramm gelten auch in der öffentlichen Wahrnehmung bis heute vor allem diejenigen als Zwangsarbeiter, die Zwangsarbeit in einem KZ, einer KZ-ähnlichen Haftstätte oder einem Ghetto geleistet hatten, oder diejenigen Menschen, die aus ihren Heimatstaaten ins Deutsche Reich oder in ein vom Deutschen Reich besetztes Gebiet zur Zwangsarbeit verschleppt worden waren.

Auch in der umfangreichen Historiografie zur Zwangsarbeit wurde das Phänomen bis vor Kurzem überwiegend aus der Reichsperspektive wahrgenommen. Während die Verschleppung der „Ostarbeiter“ und ihr Arbeitseinsatz in Deutschland von der Forschung in zahlreichen Regional- und Lokalstudien mittlerweile relativ gut dokumentiert sind, stellt die Arbeit der Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen für die deutsche Kriegswirtschaft in den besetzten sowjetischen Gebieten bis heute ein wenig erforschtes Feld der Geschichte dar. Eine Pionierrolle übernahm hier das von Klaus Tenfelde († 2011) geleitete Forschungsprojekt am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum zur Zwangsarbeit im Kohlenbergbau, das in mehreren Einzelstudien erstmals auch die Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten untersucht hat.¹

1 Nathalie Piquet, Charbon – travail forcé – collaboration. Der nordfranzösische und belgische Bergbau deutscher Besetzung, 1940 bis 1944, Essen 2008; Tanja Pentter, Kohle für

Ebenfalls erst in Ansätzen erforscht ist die Frage, was nach der Befreiung mit den Zwangsarbeitern geschah, wie sie nach ihrer Repatriierung in ihren Heimatstaaten aufgenommen wurden und welche Möglichkeiten sie hatten, ihre Erfahrungen und Traumatisierungen unter deutscher Herrschaft zu verarbeiten. Der vorliegende Beitrag greift am Beispiel des Donezbeckens diese beiden Forschungsperspektiven auf.

Der Donbas (so die ukrainische Kurzform, im Russischen Donbass) hatte im Zuge zweier Industrialisierungsschübe, zunächst im ausgehenden 19. Jahrhundert und dann in der forcierten Industrialisierung unter Stalin, ein beeindruckendes Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum erfahren und war von einer dünn besiedelten Steppenregion zu einem der wichtigsten industriellen Zentren der Sowjetunion aufgestiegen. Vor dem deutschen Einmarsch waren hier in 324 Bergwerken und 1680 Kleinbergwerken etwa 314 000 Bergleute beschäftigt, die 85 Millionen Tonnen Steinkohle im Jahr, über 57 Prozent der sowjetischen Gesamtproduktion, förderten.²

Das Donezbecken erlangte sowohl für die sowjetische als auch für die deutsche Kriegswirtschaft eine zentrale Bedeutung. Unter deutscher Besatzung wurden Hunderttausende von Zwangsarbeitern ins Reich deportiert; in der Nachkriegszeit hatten diese Heimkehrer aus Deutschland unter Stalin dann erneut Repressionen zu erleiden und mussten zum Teil Zwangsarbeit beim Wiederaufbau der zerstörten Bergwerke leisten. Weitere Hunderttausende wurden vor Ort für die deutsche Kriegswirtschaft ausgebeutet. Die historische Entwicklung des Donbas in der Kriegs- und Nachkriegszeit ist somit in komplexer Weise verknüpft mit der Geschichte der NS-Zwangsarbeit.

Kohle fördern für Hitler: Der Donbas unter deutscher Besatzung

Ende Oktober 1941 wurde das im Südosten der heutigen Ukraine gelegene Donezbecken, das zentrale Steinkohlerevier der Sowjetunion, von deutschen Truppen besetzt. Der westliche Teil des Donbas stand über 22 Monate bis Anfang Septem-

Stalin und Hitler. Leben und Arbeiten im Donbas 1929–1953, Essen 2010; Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts. Bewältigung und vergleichende Aspekte. Hrsg. von Hans-Christoph Seidel/Klaus Tenfelde, Essen 2007; Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von Hans-Christoph Seidel/Klaus Tenfelde, Bd. 1: Forschungen, Essen 2005.

2 Central'nyj Deržavnyj Archiv Hromads'kych Ob'jednan' Ukraïny (CDAHOU), F. 1, Op. 23, Nr. 613, Bl. 13.

ber 1943 unter deutscher Besetzung, die östlichen und südöstlichen Teile kamen erst im Laufe der Sommeroffensive 1942 hinzu und wurden bereits im Februar 1943 von der Roten Armee zurückerobert.

Das Donezbecken verblieb über den gesamten Besatzungszeitraum unter der Verwaltung der Wehrmacht. Die Ausbeutung des Steinkohlenbergbaus gewann im Zweiten Weltkrieg für die deutschen Besatzungsorgane eine zunehmende Bedeutung, da sie es ermöglichte, weniger Kohle aus dem Reich antransportieren zu müssen. Mit der Verwaltung und Ausbeutung des Steinkohlenbergbaus wurde zunächst der Wirtschaftsstab Ost bzw. die ihm unterstellte Wirtschaftsinspektion Süd (später Wirtschaftsinspektion Don-Donetz) betraut.

Im März 1942 übernahm dann die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost (BHO) die Steinkohlengruben im Donezbecken. Die BHO war im August 1941 als Monopolgesellschaft von Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsgruppe Handel und der Wirtschaftsgruppen Bergbau und eisenschaffende Industrie gegründet worden. Sie besaß in den besetzten sowjetischen Gebieten das alleinige Recht zur Betreibung und Nutzung der Werkanlagen des Kohlen- und Erzbergbaus sowie der eisenschaffenden und -verarbeitenden Industrie. Die Organe der Gesellschaft unterstanden der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers. Zum Leiter der BHO ernannte Göring den Generaldirektor der Reichswerke AG und Vorsitzenden des Präsidiums der Reichsvereinigung Kohle, Paul Pleiger.³

An eine Kohlenförderung war jedoch zunächst nicht zu denken, da die Bergwerke von der Roten Armee bei ihrem Rückzug in großem Maße zerstört bzw. abgebaut worden waren. Zur Wiederaufnahme der Förderung waren zunächst Instandsetzungsmaßnahmen größten Umfangs erforderlich. Die BHO ließ dafür Maschinen und Geräte im Wert von über 25 Millionen Reichsmark sowie etwa 1800 deutsche Fachkräfte – zum großen Teil aus dem Ruhrbergbau – als Aufsichtspersonal in den Donbas bringen. Bereits im Januar 1943 konnten wieder über 15 000 Tonnen am Tag gefördert werden. Das von der BHO seit Dezember 1942 angestrebte Förderziel von 30 000 Tonnen täglich, das bis Ende 1943 auf 50–60 000 Tonnen und bis Ende 1944 auf über 100 000 Tonnen gesteigert werden sollte, wurde allerdings bei Weitem nicht erreicht.

3 Vgl. zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Donezbeckens unter der deutschen Besetzung Matthias Riedel, Bergbau und Eisenhüttenindustrie in der Ukraine unter deutscher Besetzung (1941–1944), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21 (1973), S. 245–284; ders., Eisen und Kohle für das Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen u. a. 1978, S. 310–337; Dietrich Eichholtz, Wirtschaftspolitik und Strategie des faschistischen deutschen Imperialismus im Dnepr-Donetz-Industriegebiet 1941–1943, in: Militärgeschichte 18 (1979), S. 281–296; ders., Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. II: 1941–1943, Berlin 1985, S. 460–477.

30 000 Tagestonnen wären erforderlich gewesen, um die gesamten Kohlentransporte von Oberschlesien, die den Hauptanteil des Nachschubs darstellten, zu ersetzen. Die Gesamtförderung von 4,071 Millionen Tonnen im Besatzungszeitraum war geringer als die Hälfte einer durchschnittlichen Monatsproduktion im Ruhrrevier und entsprach nur fünf Prozent der jährlichen sowjetischen Vorkriegsförderung. Dagegen beliefen sich die Steinkohlenlieferungen in die besetzten sowjetischen Gebiete von 1941 bis Ende August 1943 auf 17,48 Millionen Tonnen.⁴ Obwohl im Donbas unter deutscher Herrschaft nur ein Bruchteil der Vorkriegsproduktion erzielt werden konnte, führte dies doch zu einer nicht zu unterschätzenden Entlastung des Kohlenbergbaus im Reich, die bei einem anderen Kriegsverlauf noch wesentlich an Bedeutung gewonnen hätte.⁵ Von entscheidender Bedeutung war hierfür der Arbeitseinsatz von Sowjetbürgern.

Die wirtschaftliche Ausbeutungspolitik der Nationalsozialisten schloss von Anfang an auch die Ausbeutung der Arbeitskraft der einheimischen Bevölkerung ein. Bereits im August 1941 hatte der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete eine allgemeine Arbeitspflicht für alle Einwohner der Ostgebiete im Alter zwischen 18 und 45 Jahren sowie einen Arbeitszwang für Juden im Alter von 14 bis 60 Jahren unter Androhung von massiven Strafen bei Nichteinhaltung eingeführt.⁶

Die Arbeitseinsatzpolitik der deutschen Besatzungsbehörden stand über den gesamten Besatzungszeitraum in engem Zusammenhang – und in mancher Hinsicht auch im Widerspruch – zu ihrer Ernährungspolitik. Mit dem Ziel, die Versorgung der Truppe aus dem Lande sicherzustellen und zudem ein Höchstmaß an Lebensmitteln ins Reich abzutransportieren, war im Frühjahr 1941 zwischen dem Reichsernährungsministerium und dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) die Durchführung einer selektiven Hungerstrategie gegenüber der sowjetischen Bevölkerung vereinbart worden. Diese beinhaltete vor allem das Aushungern der landwirtschaftlichen „Zuschussgebiete“, insbesondere der größeren Städte und Industrieregionen, während der Landbevölkerung aus pragmatischen Überlegungen eine elementare Selbstversorgung zugestanden wurde.⁷

4 Monatsbericht der BHO, Abt. Donezkohle vom November 1942, BArch-MA RW 31, Nr. 485) sowie Jahresbericht der BHO für 1942, BArch R 3101, Nr. 34174; Bergbauarchiv Bochum (BBA) 20, 241, NI-5261; BArch-MA RW 31, Nr. 261, Nr. 441; Eichholtz, Wirtschaftspolitik und Strategie, S. 293; Riedel, Bergbau und Eisenhüttenindustrie, S. 278 f.

5 Bericht des Wirtschaftsstabes Ost, Chefgruppe Arbeit zum Arbeitseinsatz in den bis Ende 1942 besetzten Ostgebieten, Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv (RGVA), F. 700, Op. 1, Nr. 82, Bl. 1.

6 Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941–1944). Hrsg. von Norbert Müller u. a., Berlin 1991, S. 28–30; „Grüne Mappe“, Teil I, S. 16–19, Teil II, S. 49 f., BArch R 26-IV, Nr. 33a.

7 Vgl. zu diesem Stadt-Land-Gegensatz: Tanja Penter, Arbeiten für den Feind in der Heimat.

Der Hungertod einiger Millionen Menschen wurde von den Strategen dieser Hungerpolitik bewusst in Kauf genommen. In der Praxis erwies sich der „Hungerplan“ aber schon bald als nicht durchführbar. Von den mit der praktischen Durchführung der Hungerpolitik beauftragten Besatzungsorganen kamen daher auch immer wieder Anstöße zu einem Richtungswechsel, häufig unter pragmatischen Gesichtspunkten. Vor allem der wachsende Bedarf an Arbeitskräften für den Einsatz vor Ort sowie für den Reichseinsatz spielte dabei eine wichtige Rolle. Die selektive Hungerpolitik gegenüber der Stadtbevölkerung wandelte sich zunehmend zu einer selektiven Hungerpolitik gegenüber allen Nicht-Arbeitenden.⁸ Um dem Hunger in den Städten zu entfliehen, versuchte ein Großteil der Bergbaubevölkerung in den ersten Besatzungsmonaten auf das Land abzuwandern oder sich durch Tauschgeschäfte mit der Landbevölkerung Lebensmittel zu verschaffen.

Angesichts von Lebensmittelzuteilungen im Umfang von täglich 325 Gramm Brot pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung (ohne Verpflegung der Familienangehörigen) war die Arbeit im Bergbau unattraktiv. Auch die manchmal vergebenen Kohlezuteilungen änderten daran wenig.⁹ Die neben den geringen Lebensmittelrationen gezahlten Arbeitslöhne, die sich an den sowjetischen Vorkriegstarifen orientierten, standen in keinem Verhältnis zu den horrenden Preisen auf den entstehenden Schwarzmärkten. Gemessen an den herrschenden Schwarzmarktpreisen entsprach das monatliche Lohneinkommen eines Arbeiters einer Kaufkraft im Reich von etwa fünf Reichsmark.

Im April meldete die Wirtschaftsinspektion Süd zur Lage der etwa 24 000 bei der BHO beschäftigten Bergleute: „Der Ernährungszustand der Leute ist zum Teil derartig schlecht, dass sie vor Entkräftung kaum arbeiten und vielfach nur durch Zwang zum Erscheinen zur Arbeit veranlasst werden können.“¹⁰ Aus einzelnen

Der Arbeitseinsatz in der besetzten Ukraine, 1941–1944, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (2004) 1, S. 65–94.

8 Vgl. zur Hungerpolitik ausführlich: Dieter Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944*, München 2008, S. 183–200; *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4: *Der Angriff auf die Sowjetunion*. Von Horst Boog u. a., Stuttgart 1983, S. 989–1022; Christian Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1998; William Moskoff, *The Bread of Affliction. The food supply in the USSR during World War II*, Cambridge 1990; *Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges* (Ausstellungskatalog), Hamburg 2002, S. 287–360.

9 BArch-MA RW 31, Nr. 262, Nr. 409, Nr. 431; ebenda, RH 22, Nr. 91; Deržavnyj Archiv Donec'koï Oblasti (DADO), F. R-1622, Op. 1, Nr. 1, Bl. 24–26

10 Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd von April 1942, BArch-MA RW 31, Nr. 431.

Bergbausiedlungen berichteten die militärischen Verwaltungsbehörden im März 1942 von „deutlichen Anzeichen des langsamen Verhungerns – Aufschwellen“, also von Hungerödemen.¹¹

In Charkiv forderte der Hungerwinter 1941/42 Tausende von Opfern. Dagegen war in Stalino (heute Donec'k) die Zahl der Hungertoten offenbar deutlich geringer. Das ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die „Hamsterfahrten“ der Stadtbevölkerung auf das Land in Stalino, anders als in Charkiv, von den Besatzungsbehörden nicht unterbunden, sondern zunächst weitgehend zugelassen wurden.¹² In einem Bericht der OFK Donez vom 24. September 1942 heißt es dazu: „Die reiche Natur der Ukraine hat bisher auch den Nichtversorgten die Aufrechterhaltung ihrer Existenz ermöglicht. Allerdings konnte das nur dadurch erreicht werden, dass man den starken Wanderverkehr der städtischen Bevölkerung aufs Land zum Zweck der Beschaffung von Nahrungsmitteln nicht unterbunden hat.“¹³ Bei diesen Wanderungen legte die Bevölkerung manchmal mehrere Hundert Kilometer zu Fuß zurück. Der Zeitzeuge Jakov Gorin erinnert sich: „Das Leben war sehr hart, besonders für Frauen mit Kindern. Im Winter gingen sie, komme, was da wolle, aufs Dorf, um Lebensmittel einzutauschen. Viele erfroren auf dem Weg dorthin und wurden tot zurückgebracht.“¹⁴

Unter diesen Bedingungen war es für die deutschen Besatzungsbehörden zunächst schwer, Arbeitskräfte zu rekrutieren. Sie taten dies über eigens zu diesem Zweck von den Wirtschaftskommandos geschaffene Arbeitsämter. Diese gehörten zu den ersten Verwaltungseinrichtungen, die in den neu besetzten Gebieten ihre Tätigkeit aufnahmen. In der Regel waren sie nur mit einem oder zwei deutschen Beamten besetzt, denen nicht selten Hunderte von einheimischen Kräften unterstanden. Die Hauptaufgabe der Arbeitsämter war die restlose Erfassung aller freien Arbeitskräfte und die Deckung des lokalen Arbeitskräftebedarfs sowie seit 1942 auch des Bedarfs an Zwangsarbeitern für das Reich.

Die Registrierung der Bevölkerung bei den Arbeitsämtern erfolgte aus den genannten Gründen zunächst schleppend. Zur „Bekämpfung des Arbeitsunwil-

11 Kriegstagebuch (KTB) 2, Anlage 18, National Archives College Park (NA), T 77, roll 1103.

12 Nach Angaben der ukrainischen Stadtverwaltung zu Charkiv fielen der Hungerkatastrophe bis September 1942 mindestens 11 918 Menschen zum Opfer. Charkiv wurde von der deutschen Militärverwaltung systematisch abgeriegelt und in ein „Hungerghetto“ verwandelt (Verbrechen der Wehrmacht: Ausstellungskatalog, S. 328–346). Genaue Zahlen für Stalino liegen in den verfügbaren Akten nicht vor. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd von Mai und Juni 1942, BArch-MA RW 31, Nr. 431.

13 BArch-MA RH 22, Nr. 91.

14 Interview mit Jakov M. G., aufgezeichnet im April 2002 in Donec'k.

lens“ der Bevölkerung setzten die Arbeitsämter daher bald Zwangsmaßnahmen ein, wie Razzien durch ukrainische Polizeikräfte, Passkontrollen, Einführung der Prügelstrafe, Verhängung von Haftstrafen bis zu 14 Tagen und Einrichtung von Arbeitslagern. Auch griffen Sicherheitspolizei und SD auf Anweisung der Arbeitsbehörden zu „drakonischen Strafen“.¹⁵

Der Zeitzeuge Viktor Smal'ko berichtet, dass sein Vater vor seinen Augen von den Deutschen zu Tode geprügelt wurde, weil er sich weigerte, auf seinem alten Arbeitsplatz als Gießer in der Metallfabrik zu arbeiten.¹⁶ In der Stadt Krasnoarmijs'k wurde ein Arbeits- und Erziehungslager für Personen, die die Arbeit verweigerten und sich der „neuen Ordnung“ widersetzen, eingerichtet.¹⁷

Die Deportationen ins Reich

Es mag überraschen, aber die Deportation ins Reich erschien zumindest Teilen der einheimischen Bevölkerung in der Anfangszeit vorteilhafter als der „hungrige“ Arbeitseinsatz vor Ort. Dies lag vor allem daran, dass die Werber-Kommissionen mit deutlich höheren Verpflegungssätzen warben und zudem die Versorgung der zurückbleibenden Angehörigen versprachen. Am 15. Februar 1942 ging der erste Transport mit über 1000 Facharbeitern von Stalino ins Reich. Bis Ende des Monats meldeten sich in Stalino über 20 000 Menschen „freiwillig“ für den Einsatz im Reich, begründet war dies durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse vor Ort.¹⁸

Manche hatten sich blenden lassen von der propagandistischen Besatzungspresse, die ein glanzvolles, völlig verzerrtes Bild der Arbeits- und Lebensbedingungen der Ostarbeiter in Deutschland zeichnete: „Alle Abgereisten erhalten, ganz gleich, wo sie arbeiten, unvergleichlich bessere Bedingungen als die, unter denen sie zuvor arbeiten und leben mußten. In Bezug auf Arbeit und Alltag sind sie dem deutschen Arbeiter gleichgestellt und in einigen anderen Aspekten haben sie

15 Bericht der Gruppe Arbeit beim Wirtschaftsstab Ost vom 20. 11. 1941, BArch-MA RW 31, Nr. 243, Bl. 158–162; Schlussübersicht über den Kriegseinsatz 1941 der Wirtschaftsinspektion Süd, NA, T 77, roll 1103; Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd von März 1942, BArch-MA RW 31, Nr. 431; KTB Wirtschaftsinspektion Süd vom 21. Januar und 2., 3., 5., 6. 2. 1942, NA, T 77, roll 1103.

16 Interview mit Viktor S., aufgezeichnet im Oktober 2004 in Donec'k.

17 Archiv der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Berlin, Bestand: „Sonstige Haftstätten“, Historische Fragen Ukraine (505.16).

18 Doneckij vestnik, Doneck, 29. 1. 1942, 1. 2. 1942, 15. 2. 1942, 9. 8. 1942; BArch-MA RW 31, Nr. 410.

sogar bessere Bedingungen. So erhält der ukrainische Arbeiter, der an reichliche und besondere Kost gewohnt ist, eine erhöhte Norm an Kartoffeln und Getreide. Es wurden spezielle Mensen mit ukrainisch-russischen Köchen organisiert, die es verstehen die nationalen Gerichte zuzubereiten, an die die Neankömmlinge gewöhnt sind.¹⁹

Insgesamt wurden aus dem Donezbecken – nach sowjetischen Angaben – über 330 000 Menschen als Ostarbeiter ins Reich verschleppt; davon 252 239 aus dem Gebiet Stalino und 74 047 aus dem Gebiet Worosilovgrad (heute Luhans'k). Aus dem Zuständigkeitsbereich der gesamten Wirtschaftsinspektion Süd wurden von Januar 1942 bis September 1943 über 700 000 Menschen ins Reich deportiert. Über die Hälfte der Verschleppten waren Frauen.²⁰ Die Bevölkerung des Donbas war damit deutlich stärker als andere ukrainische Regionen von den Zwangsdeportationen ins Reich betroffen.

Die Zahl der Freiwilligen für den Reichseinsatz ging jedoch schnell zurück, als sich herausstellte, dass das Versprechen, die Angehörigen zu versorgen, von den Besatzungsbehörden nicht eingehalten wurde. Auch Nachrichten über die katastrophalen Lebensbedingungen der Ostarbeiter im Reich, die die Freiwilligen in gleichem Maße traf wie die zwangsverschleppten Arbeiter, verbreiteten sich schnell unter der Bevölkerung im besetzten Gebiet.²¹ Bereits im April 1942 berichtete die Wirtschaftsinspektion Süd, dass Arbeitskräfte für das Reich mithilfe der lokalen Polizei zwangsweise rekrutiert werden mussten.

Vor diesem Hintergrund erscheint es unverständlich, dass im Rahmen des ersten Entschädigungsprogramms für ehemalige Zwangsarbeiter aus Osteuropa in den neunziger Jahren diejenigen, die laut Angaben in ihren Repatriierungsakten²² „freiwillig“ ins Reich gefahren waren, von den nationalen Entschädigungsstiftungen in der Ukraine, Belarus und Russland keine Auszahlung erhielten.

19 Doneckij vestnik, Doneck, 26. 4. 1942, S. 3.

20 CDAHOU, F. 1, Op. 23, Nr. 1478, Bl. 7; BArch-MA RW 31, Nr. 418; Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943: Der Abschlussbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew. Hrsg. von Rolf-Dieter Müller, Boppard a. Rh. 1991, S. 549 f.

21 Lageberichte der Wirtschaftsinspektion Süd für April und Mai 1942, BArch-MA RW 31, Nr. 431.

22 Bei den Repatriierungsakten handelt es sich um Überlieferungen der Nachkriegszeit aus dem Stalin-Regime, deren Wahrheitsgehalt kritisch zu betrachten ist.

Wachsender Konkurrenzkampf um Arbeitskräfte

Seit Sommer 1942 gerieten die Rekrutierungen für den Reichseinsatz zunehmend in Konkurrenz zum steigenden lokalen Bedarf, insbesondere an Fachkräften. Die BHO meldete aus dem Steinkohlenbergbau: „Die Belegschaft blieb hinter der erwarteten und bei den Arbeitsämtern angeforderten Zahl erheblich zurück, ganze Abbaufonten stehen leer, infolge zu schwacher Belegung und zu langsamen Abbaufortschritts gingen eine Reihe Streben zu Bruch. Infolge der in den letzten Monaten stattgefundenen Abwanderung aus dem lebensmittelarmen Donezgebiet stehen scheinbar bergbauliche Arbeitskräfte nicht mehr zur Verfügung. Die Arbeitsämter überwiesen fast ausschließlich Frauen und Invaliden.“²³

Bereits im April 1942 hatte die BHO daher gegenüber Vertretern des Wirtschaftsstabes Ost und der Vierjahresplanbehörde gefordert, dass die bereits für sie tätigen Bergleute nicht von den Sauckel-Kommissionen für die Arbeit im Reich abgeworben werden dürften. Zudem setzte sich die BHO seit Juni 1942 beim Reichswirtschaftsministerium und beim Wirtschaftsstab Ost massiv für eine Verbesserung der Ernährung der Bergleute ein. Sie verlangte für die im Donezbergbau tätigen Arbeitskräfte die gleichen Verpflegungssätze, wie sie die sowjetischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen im deutschen Bergbau erhielten. Bis dahin hatten die Bergleute gemäß den Verpflegungssätzen des Wirtschaftsstabes Ost für Schwerarbeiter „weniger bekommen als der russische Normalarbeiter in Deutschland und weniger als die Hälfte des russischen Bergarbeiters im Reich“. Vielfach waren sogar diese Sätze gar nicht in vollem Maße zur Ausgabe gekommen.²⁴

Paul Pleiger erreichte, dass Hitler am 1. Juli 1942 einen Führerbefehl unterzeichnete, in dem er den schnellen Wiederaufbau der Kohlenförderung im Donezgebiet als „eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Weiterführung der Operationen im Osten und die Ausnutzung des russischen Raumes für die deutsche Kriegswirtschaft“ anerkannte. Zu den dort angeordneten Sondermaßnahmen zählte auch die Sicherstellung der Ernährung für die Bergleute.²⁵ In der Folge verbesserte sich die Verpflegung zumindest der zivilen Bergleute und ihrer

23 Bericht der Abteilung Donezkohle der BHO an die Wirtschaftsinspektion Süd vom 12. 7. 1942 über Schwierigkeiten bei der Kohlenförderung, BArch-MA RW 31, Nr. 432.

24 BArch-MA RW 31, Nr. 339, Nr. 344; ebenda, RH 22, Nr. 92; BArch R-3101, Nr. 31156; Ereignismeldung UdSSR Nr. 187 vom 30. 3. 1942, BArch R 58, Nr. 221, Bl. 184.

25 Im Hinblick auf den konkreten Umfang der Verpflegungsrationen existieren in den Akten mindestens zwei Varianten des Befehls; in beiden Fällen wurde jedoch eine Besserstellung gegenüber den zuvor geltenden Sätzen erreicht, BArch-MA RH 22, Nr. 92; ebenda, RW 31, Nr. 976.

Angehörigen offenbar deutlich, bedingt dadurch, dass die Rationen nun auch tatsächlich ausgegeben wurden.²⁶

Die Belegschaft des Steinkohlenbergbaus erfuhr seit Juli 1942 einen deutlichen Zustrom und stieg bis November auf über 100 000 an. Das hatte vor allem drei Ursachen: Zum einen kehrten durch die Sicherstellung der Ernährung zahlreiche Bergleute freiwillig zu ihren Gruben zurück. Zum anderen waren im Zuge der Sommeroffensive im östlichen Donezbecken neue Bergbaugebiete hinzugekommen, die allerdings ebenfalls sehr große Zerstörungen durch die Rote Armee aufwiesen. Der Verlust dieser Gebiete bereits im Februar 1943 erklärt auch das neuerliche starke Absinken der Belegschaftskurve im März 1943. Ein dritter Grund für den Anstieg der Belegschaft bestand darin, dass seit Juli 1942 erstmals auch sowjetische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte im Bergbau eingesetzt wurden.²⁷

Leistungsanreize und Terrormaßnahmen

Die Arbeitseinsatzpolitik der Besatzungsbehörden vollzog angesichts des Arbeitskräftemangels einen deutlichen Wandel. Sie konzentrierte sich nun zum einen auf die „Erhaltung und Vermehrung der Arbeitskräfte“ und zum anderen auf ihre möglichst vollständige Erfassung.²⁸ Zur Steigerung der Arbeitsleistung erhöhte man nicht nur die Arbeitszeit von 48 auf 54 Wochenstunden, wobei im Bergbau die gleiche Arbeitszeitregelung galt wie im Reich (täglich 8 $\frac{3}{4}$ Stunden für die Untertagearbeiter, für die Übertagearbeiter eine Stunde mehr).

Seit Jahresende 1942 wurden zudem in vielen Betrieben Akkordarbeit und Leistungsprämien eingeführt. Bis Mai 1943 war auch im Bergbau ein Wechsel von der Zeit- zur Gedingearbeit erfolgt. Leistungssteigerungen wurden durch die Vergabe von Prämien in Form von zusätzlichen Lebensmittelzuteilungen oder später auch Freizeitprämien (z. B. für Überlandfahrten) erzielt.²⁹ Eine leichte Verbesserung der Versorgungslage der Bergleute wurde zudem durch umfangreiche Zuweisungen von Gartenland erreicht. Diese hatte allerdings negative Auswirkungen auf die Arbeitsdisziplin, da sich die Arbeitskräfte beurlauben ließen oder Krankheit vortäuschten, um ihr Land zu bestellen.³⁰

Wie sich der ukrainische Bergmann Valentin Nikitenko erinnerte, besaßen die Bergleute im Vergleich zu anderen Gruppen der lokalen Bevölkerung grö-

26 BArch-MA RW 31, Nr. 344, Nr. 414.

27 BArch-MA RW 31, Nr. 433; ebenda RH 22, Nr. 92.

28 Vgl. dazu NA, T 77, rolls 1104, 1105; BArch-MA RW 31, Nr. 418, Nr. 434.

29 DADO, F. R-1611, Op. 1, Nr. 2, Bl. 5; BArch-MA RW 31, Nr. 418, Nr. 477, Nr. 423.

30 RGVA, F. 700, Op. 1, Nr. 40, Bl. 47–52; BArch-MA RW 31, Nr. 423, Nr. 477.

ßere Mobilitätsfreiräume: „Jeder, der arbeitete, bekam einen Ausweis. Ich durfte nachts während der Sperrstunde ausgehen, weil das Bergwerk rund um die Uhr arbeitete. Und mit diesem Ausweis durften wir uns überall bewegen, beinahe durch die ganze Ukraine, zum Beispiel wenn wir zu Fuß unterwegs waren, um Brot zu holen.“³¹

Die Vorgesetzten schienen das Fernbleiben der Arbeitskräfte stillschweigend zu tolerieren. So erklärt sich, dass täglich bis zu 25 Prozent der Belegschaft fehlten. Die auf diese Weise eingesparten Verpflegungsrationen wurden an die restliche Belegschaft als Leistungsprämien ausgegeben.³² Für die nicht arbeitende Bevölkerung dagegen waren Fahrten von der Stadt aufs Land und umgekehrt wesentlich schwieriger, da Ausweise und Passierscheine, die an den Kontrollposten vorgezeigt werden mussten, nur an diejenigen ausgegeben wurden, die in deutschen Diensten standen.³³ Wer keine Dokumente besaß, konnte leicht in den Verdacht geraten, ein Widerstandskämpfer zu sein.

Auch auf alte sowjetische Methoden der Leistungssteigerung griff man im Bergbau – mit überwiegend gutem Erfolg – zurück: Beispielsweise wurden die besten Arbeiter durch Aushängen ihrer Namen in den Betrieben öffentlich belobigt. Unter Hinzuziehen ukrainischer Fachleute beriet man sogar ernsthaft über die Einführung früherer sowjetischer Arbeitsmethoden, insbesondere jener der Stachanov-Bewegung.³⁴

Die Stachanov-Bewegung geht auf den Bergmann Stachanov zurück, der 1935 während einer Nachtschicht im Donbas-Bergbau 102 Tonnen Kohle hieb und damit die Norm zu 1457 Prozent erfüllte (dass ihm dabei zahlreiche Helfer zur Seite standen, die Kohle und Schutt wegräumten und den Streb sicherten, wurde von der Propaganda verschwiegen). Ursprünglich als Industriekampagne geplant, sollte die Stachanov-Bewegung vor allem dazu beitragen, die Arbeiter durch Leistungsanreize zur Übererfüllung der Normen zu bewegen und damit den Faktor Arbeit produktiver zu machen. Sie entwickelte sich aber schnell zu einer Massenbewegung, die weit über ihre ökonomische Bedeutung hinausging und für viele Sowjetbürger zum Symbol des Aufbruchs und der neuen Arbeitsmoral wurde. Ihre enorme Breitenwirkung erwuchs der Stachanov-Bewegung nicht zuletzt aus dem Glauben vieler Arbeiter an die Modernisierung und den permanenten Fortschritt im Sowjetsystem.³⁵

31 Interview mit Valentin N. (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

32 BArch-MA RW 31, Nr. 477, Nr. 423.

33 CDAHOU, F. 62, Op. 1, Nr. 183, Bl. 27–36.

34 BArch-MA RW 31, Nr. 423, Nr. 424.

35 Vgl. dazu: Robert Maier, *Die Stachanov-Bewegung 1935–1938. Der Stachanovismus als tragendes und verschärfendes Moment der Stalinisierung der sowjetischen Gesellschaft*,

Die Maßnahmen zur Leistungssteigerung scheinen im Bergbau erfolgreich gewesen zu sein, was sich in einer Steigerung der Förderung ausdrückte. Auch die Schichtleistung pro Arbeitskraft (gemessen an der Gesamtbelegschaft) zeigte eine stetig ansteigende Kurve. Dies mag umso mehr überraschen, als laut einer im Juli 1943 durchgeführten Überprüfung im Steinkohlenbergbau weiterhin ein großer Mangel an Facharbeitern bestand. Demnach war ein verhältnismäßig hoher Anteil von Frauen und Jugendlichen unter Tage eingesetzt, während gelernte Bergleute weniger als die Hälfte der Belegschaft stellten.³⁶ Überraschend scheint zudem die Tatsache, dass es trotz der großen Zahl unqualifizierter Arbeitskräfte in den Gruben im Besatzungszeitraum offenbar nicht zu größeren Unglücken kam. Jedenfalls findet weder in der Überlieferung der Wirtschaftsbehörden und der BHO noch in der Besatzungspresse ein Grubenunglück Erwähnung.

Dennoch fehlte es trotz Leistungssteigerung, Leistungsprämien und Propaganda, die über lokale und regionale Presseorgane verbreitet wurde, an Arbeitskräften in den Bergwerken; die Arbeit dort blieb aus mehreren Gründen unattraktiv. Die Arbeitslöhne der sowjetischen Arbeitskräfte orientierten sich an den alten sowjetischen Tarifen und besaßen angesichts der horrend angestiegenen Lebenshaltungskosten höchstens eine symbolische Bedeutung: Im Juli 1943 betrug der durchschnittliche Monatslohn eines Bergmanns (einschließlich der ausgegebenen Naturalien) 347 Rubel (35 RM), wovon noch zehn Prozent Lohnsteuer abging. Die Ingenieure und Markscheider wurden nach festen Angestelltegehältern bezahlt. Ein Oberingenieur oder Trestmarkscheider konnte monatlich zwischen 1000 und 1200 Rubel verdienen, ein einfacher Ingenieur oder Grubenmarkscheider zwischen 700 und 1000 Rubel. Auf dem Schwarzmarkt kosteten ein Kilogramm Brot 75 Rubel, ein Kilogramm Kartoffeln 40 Rubel, ein Kilogramm Butter 500 Rubel, ein Kilogramm Speck 800 Rubel und zehn Eier 120 Rubel, eine Wintermütze 700 Rubel und ein Paar Stiefel 4000 Rubel.³⁷

So traf wohl auch im Sommer 1943 noch zu, was der Bergassessor Wilhelm Berkenkamp im November 1942 in einem Brief in die Heimat konstatierte: „Die Neigung der Zivilisten, auf den Schächten zu arbeiten, ist überhaupt nicht sehr groß. Die Leute werden nach dem alten russischen Tarif bezahlt, während Waren,

Stuttgart 1990; Lewis H. Siegelbaum, *Stakhanovism and the Politics of Productivity in the USSR, 1935–1941*, Cambridge 1988.

36 Der Anteil an qualifizierten Bergarbeitern betrug bei den Hauern und Lehrhauern 11 Prozent und bei den Zimmerhauern 6 Prozent. Zum Vergleich: Im Ruhrkohlenbergbau betrug 1942 der Anteil der gelernten Hauer und Lehrhauer 44 Prozent und der Zimmerhauer 10 Prozent, BArch-MA RW 31, Nr. 441.

37 DADO, F. R-1622, Op. 1, Nr. 1, Bl. 24–26; ebenda, F. R-1611, Op. 1, Nr. 15, Bl. 2–42; BArch-MA RW 31, Nr. 262; Doneckij vestnik, Doneck, 8.8. 1943.

wenn überhaupt, so nur zu Wucherpreisen erworben werden können. [...] Von der Lohnseite her besteht also für die Russen überhaupt kein Anreiz, auf den Schächten zu arbeiten. Das einzige Lockmittel ist die Verpflegung, die durch die BHO ausgegeben wird.³⁸

Wenngleich die Kaufkraft der ausgezahlten Monatslöhne kaum ausreichte, um den Tagesbedarf an Nahrungsmitteln zu decken, maßen die einheimischen Bergleute der Höhe ihres Lohnes dennoch eine wichtige symbolische Bedeutung zu und waren in ihrem „starken Ehr- und Gerechtigkeitsgefühl verletzt“, wenn sie nicht gemäß ihrer alten sowjetischen Tarife bezahlt wurden³⁹ – ein Phänomen, das die deutschen Besatzer mit Verwunderung zur Kenntnis nahmen und das auf spezifische Formen der Alltagswahrnehmung bei den Sowjetbürgern schließen lässt.

Um den steigenden Arbeitskräftebedarf vor Ort und im Reich zu decken, setzten die Wirtschaftsbehörden zunehmend Zwangsmaßnahmen ein. Freiwillige Meldungen für den Reichseinsatz gab es bereits im Winter 1942 kaum noch. Auf Anordnung Sauckels wurden im April 1943 von den Arbeitsbehörden erstmals ganze Geburtsjahrgänge ausgehoben.⁴⁰ Der Erfolg blieb jedoch weit hinter den Erwartungen zurück: „Die Bevölkerung nimmt allgemein eine ablehnende Haltung zum Reichseinsatz ein. Es ist ihr jedes Mittel recht, um sich der Arbeit im Reich zu entziehen. Die Androhung von Strafen, selbst der Todesstrafe, macht keinen merklichen Eindruck. Um sich der Musterung zu entziehen, verlassen die Dienstpflichtigen vielfach ihre bisherigen Arbeitsstätten und Wohnungen. Zuweilen verschwinden ganze Familien, um dem Rückgriff auf Angehörige zu entgehen.“⁴¹

Große Ausfälle verursachte zudem der schlechte Gesundheitszustand der Musterungspflichtigen, sodass an einigen Orten gerade einmal ein Fünftel der Gemusterten überhaupt für den Reichseinsatz geeignet war. Aus Angst vor der Verschleppung war bei den Musterungspflichtigen die Praxis verbreitet, sich selbst Verletzungen oder Vergiftungen zuzufügen. Außerdem entzog sich ein erheblicher Teil der Gemusterten dem Reichseinsatz durch Flucht.⁴²

Für den Arbeitseinsatz vor Ort gilt Ähnliches: Auch dort konnten Arbeitskräfte im Frühjahr 1943 nur noch unter Anwendung massiven Zwangs rekrutiert werden. Die einheimische Polizei führte an öffentlichen Plätzen Razzien und Menschenjagen auf Sowjetbürger durch oder riegelte ganze Wohnblöcke

38 Bergbauarchiv Bochum, 55/2579.

39 Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd für April 1943, BArch-MA RW 31, Nr. 423.

40 BArch-MA RW 31, Nr. 434, Nr. 418, Nr. 421, Nr. 423.

41 Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd für Mai 1943, BArch-MA RW 31, Nr. 439.

42 BArch-MA RW 31, Nr. 477, Nr. 423, Nr. 439.

ab, um dort bei Nacht die Wohnungen zu durchsuchen.⁴³ Allerdings vermitteln die Quellen den Eindruck, dass der Reichseinsatz der Mehrheit der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt bereits weitaus verhasster war als der Einsatz vor Ort. Die Arbeit im lokalen Bergbau versprach sogar einen gewissen Schutz vor der Verschickung ins Reich, wie sich Aleksandra Pronjakina (damals 15 Jahre alt) erinnerte: „Wir haben beschlossen, dass ich auf die Zeche gehen soll, weil man von der Zeche wahrscheinlich nicht verschleppt würde. [...] Man ist hauptsächlich deswegen gegangen, um nicht nach Deutschland abgeschoben zu werden.“⁴⁴

Um den Facharbeitermangel zu beseitigen, versuchten die Arbeitsbehörden die aufs Land abgewanderten Facharbeiter systematisch zu erfassen und zurückzuführen. Mehrere Tausend Bergleute wurden zudem aus feindgefährdeten oder zeitweilig geschlossenen Bergbaugebieten des Donbas im Frühjahr und Sommer 1943 in andere Bergbaudirektionen umgesiedelt, was in der Regel die „Anwendung schärfsten Zwangs“ erforderte. Außerdem wurden die gewerblichen Betriebe von speziellen „Auskämm“-Kommissionen auf den „sparsamen und zweckentsprechenden Einsatz der vorhandenen Kräfte“ hin überprüft. Alle berufsfremd beschäftigten Bergleute sollten in den Bergbau zurückgeführt werden, und auch der Lehrlingsausbildung wurde verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt.

Um Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin zu ahnden, wurden vermehrt Arbeitserziehungslager eingerichtet, die in der Bevölkerung gefürchtet waren.⁴⁵ Wachsende Bedeutung gewann auch der Arbeitseinsatz von Frauen. Im Bergbau war der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte im Besatzungszeitraum ständig angestiegen und erreichte im Juli 1943 sogar 28,5 Prozent – damit lag er sogar etwas höher als in der Vorkriegszeit. In den besetzten Gebieten arbeiteten Frauen im Bergbau auch unter Tage, während dieser Arbeitsbereich im Reich eine „Männerdomäne“ blieb.⁴⁶

Der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Bergbau

Zu den dunkelsten Kapiteln der deutschen Besatzung im Donbas gehört der Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener in den Bergwerken. Für die Durchführung des Kriegsgefangeneinsatzes, Unterbringung, Bewachung und Ernährung war die Oberfeldkommandantur (OFK) 397 zuständig, die seit November

43 Archiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Gebiet Donec'k (ASBUDO), F. 1, Nr. 60090, Bd. 1, Bl. 259; Bd. 3, Bl. 195; Bd. 4, Bl. 103; Bd. 5, Bl. 11.

44 Interview mit Aleksandra P. (geb. 1927), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

45 BArch-MA RW 31, Nr. 418, Nr. 423, Nr. 424, Nr. 426, Nr. 428, Nr. 439.

46 Ebenda, Nr. 421, Nr. 424, Nr. 441; NA, T77, rolls 1105, 1106.

1942 dem Oberkommando des Heeres (OKH) direkt unterstellt war.⁴⁷ Laut Führerbefehl vom 1. Juli 1942 sollten 60 000 Kriegsgefangene für den Bergbau bereitgestellt werden. Diese Zahl wurde nicht erreicht. Ende September 1942 befanden sich in den Lagern etwa 39 000 Kriegsgefangene, von denen jedoch wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes, mangelnder Kleidung und fehlender Aufsichtskräfte nur etwas mehr als die Hälfte zur Arbeit eingesetzt werden konnten.

Die Sterblichkeit unter den Kriegsgefangenen war extrem hoch und betrug nach Angaben der OFK Donez im November in den Bergbau-Stammlagern (Stalag) über 12 Prozent monatlich. In vielen Lagern herrschten Fleckfieber und Typhus.⁴⁸ Der Inspekteur der Wirtschaftsinspektion Nagel äußerte zur hohen Sterblichkeit der Kriegsgefangenen auf der Kommandeur-Haupttagung im November 1942: „Ich werde den Gedanken nicht los, als ob bei der Ernährung der Kriegsgefangenen die unbedingt nötige Rücksicht auf die Erhaltung ihrer Arbeitskraft vielfach vergessen worden ist. Manches wird hier schwer wieder gut zu machen sein. Es wird auch nicht immer an den Verpflegungsmengen liegen, die für die Kriegsgefangenen ausgeworfen sind, sondern oftmals mehr daran, ob die ihnen zustehenden Mengen auch wirklich ausgegeben und in nutzbarster Form zubereitet und verabfolgt sind. Die vielfachen Krankheitserscheinungen und die hohe Sterblichkeit in vielen Lagern lassen den Schluss zu, dass hier zu irgendwelchen Zeiten nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen sind.“⁴⁹

Für die Bergbaubetriebe erwies sich der Einsatz von Kriegsgefangenen als vollkommen unrentabel, obwohl ein Kriegsgefangener das Unternehmen nur etwa halb so viel kostete wie ein Zivilarbeiter. Die Arbeitsleistung von Kriegsgefangenen war aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes und fehlender Qualifikation und Arbeitsmotivation zumeist sehr gering. Zudem durften Kriegsgefangene aus Sicherheitsgründen unter Tage nicht zu Nachtschichten eingesetzt werden, was für die Bergwerke ein betriebliches Problem darstellte.⁵⁰

Bis März 1943 waren Kriegsgefangene daher wieder nahezu völlig aus der Belegschaft des Steinkohlenbergbaus verschwunden. Man hatte sie in noch größerem Maße als die zivilen Arbeitskräfte im Donezbergbau einfach „verheizt“, ohne dass ihre Arbeitskraft dabei für den Bergbau besonders produktiv gewesen wäre, wie der Bergassessor Wilhelm Berkenkamp, der von Juli 1942 bis September 1943 für die BHO eine Bergbau-Direktion im Donezbecken leitete, im November 1942 in einem Brief in die Heimat bemerkte: „Der Einsatz der Kriegsgefangenen

47 BArch-MA RW 31, Nr. 976, Nr. 433, Nr. 343, Nr. 418; ebenda, RH 22, Nr. 92, Bl. 34 f.

48 Ebenda, RW 31, Nr. 434, Nr. 976, Nr. 343, Nr. 418, Nr. 421, Nr. 485; BArch R 3101, Nr. 34174.

49 BArch-MA RW 31, Nr. 417.

50 BArch-MA RW 31, Nr. 485, Nr. 434.

ist ein Kapitel für sich. Die Leute sind halbverhungert und schleichen durch die Gegend. An den Arbeitsstellen liegen sie mehr, als dass sie stehen und arbeiten. Die Abgänge durch Krankheit, Tod und Fluchten sind groß.“⁵¹

Von den unmenschlichen Zuständen, die in den Kriegsgefangenenlagern in Stalino herrschten, zeugen die Erinnerungen der wenigen Überlebenden: „Auf dem Gelände des Lenin-Clubs existierte ein Kriegsgefangenenlager mit Lazarett, das zeitweilig bis zu 20 000 Kriegsgefangene beherbergte. Die Gebäude, in denen die Kriegsgefangenen untergebracht waren, besaßen keine Glasscheiben. Zum Aufwärmen der Gebäude, in denen sich bis zu 1000 Menschen befanden, wurden am Tag fünf Kilogramm Kohle ausgegeben. Es kam zu Fällen massenweisen Erfrierens. Es gab keine Waschküchen. Die Leute wuschen sich oft ein halbes Jahr nicht und litten an einer riesigen Zahl von Parasiten. In den heißen Sommermonaten erhielten die unter der Hitze leidenden Kriegsgefangenen oft drei bis fünf Tage kein Trinkwasser. Bei jedem kleinsten Anlaß wurden sie von den Deutschen mit Stöcken und Kolben verprügelt. [...] Es gab am Tag 1200 Gramm Brot für acht Personen. Das Brot wurde aus qualitativ schlechtem, verbranntem Mehl gemacht. Zudem gab es einmal täglich eine warme Suppe aus einer geringen Menge verbrannter Kleie, manchmal mit Zugabe von bis zu einem Liter Holz-Sägemehl. [...] Als Resultat eines solchen Regimes war die Sterblichkeit im Lager sehr hoch, erreichte bis zu 200 Menschen täglich.“⁵²

Nach sowjetischen Angaben kamen allein im Gebiet Stalino im Zeitraum der Besatzung bis zu 150 000 sowjetische Kriegsgefangene ums Leben.⁵³ Untersuchungen aus dem Kontext der Oral History zeigen, dass das Leiden der Kriegsgefangenen vielen Zeitzeugen im Donbas bis heute viel präsenter ist als die Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Massensterben der Kriegsgefangenen im Donbas zahlenmäßig noch größere Dimensionen annahm und zudem über einen längeren Zeitraum und direkt unter den Augen der lokalen Bevölkerung stattfand.

Die Ermordung der Juden erfolgte deutlich schneller und war viel weniger sichtbar. In vielen Interviews mit Zeitzeugen findet sich das Motiv, dass die lokale Bevölkerung, zum Teil unter hohem persönlichen Risiko, versuchte, den verhungerten Kriegsgefangenen Essen zukommen zu lassen: „Dort [im Lager] starben die Kriegsgefangenen Soldaten, hungrig und unter freiem Himmel. Sie wurden bei

51 Bergbauarchiv Bochum, 55/2579.

52 ASBUDO, F. 1, Nr. 60090, Bd. 5, Bl. 154, 180.

53 O. Ionov, *Zločynstva Nimciv u Donbasi*, Kyiv 1946, S. 15. Vgl. zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Ukraine auch Karel C. Berkhoff, *The „Russian“ Prisoners of War in Nazi-Ruled Ukraine as Victims of Genocidal Massacre in: Holocaust and Genocide Studies* 15 (2001), S. 1–32; Pohl, *Herrschaft der Wehrmacht*, S. 201–242.

noch lebendigem Leibe auf Schubkarren angekarrt und in die Gräben geworfen. Da haben die Leute, die das sahen, verstanden, wer die Deutschen sind und wie sie sich verhalten – da zeigten sie wirklich ihre Wesensart. Offiziell war es nicht erlaubt, den Kriegsgefangenen zu helfen [...], aber die Leute warfen, was immer sie konnten, hinter den Stacheldrahtzaun. [...] Aber die Deutschen bestrafte dies streng. Sie zogen sie vom Zaun weg, schlugen und erniedrigten sie.“⁵⁴ Nur wenige Zeitzeugen erwähnten ähnliche Unterstützung für ihre jüdischen Nachbarn.

Der Arbeitseinsatz und das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener im besetzten Gebiet sind noch immer wenig erforscht. Weitere Forschung wäre aber gerade auch deshalb von großer Bedeutung, da sowjetische Kriegsgefangene von den Entschädigungsprogrammen für ehemalige Zwangsarbeiter ausgeschlossen waren und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion vielfach bis heute keine Rehabilitierung und Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus erfahren haben. Zum Desiderat der Forschung tritt eines der Politik.

Die einheimischen Ingenieure

Neben den deutschen Aufsichtskräften arbeiteten in den Bergwerken und in der Verwaltung der Bergbaugruppen im Juli 1943 2165 sowjetische Bergbauingenieure und Techniker.⁵⁵ Ein großer Teil der Industriekader war im besetzten Gebiet zurückgeblieben und nicht, wie die Sowjethistoriografie vermittelt, evakuiert worden.⁵⁶ Die einheimischen Ingenieure standen bei den Deutschen allgemein in gutem Ruf. So heißt es in einem Reisebericht einiger führender deutscher Wirtschaftsmanager, darunter Paul Pleiger und Alfred Krupp von Bohlen und Halbach, ins Donezbecken im August 1942:

„Ebenso wird die Leistung der russischen Ingenieure und Wissenschaftler seitens der deutschen Betriebsleiter außerordentlich gut beurteilt, da nach ihrer Ansicht der russische Techniker und Wissenschaftler neben einer guten geistigen

54 Interview mit Viktor I. Z. (geb. 1927) aufgezeichnet in Mariupol' im März 2004 von Dmytro Tytarenko. In der Forschung wird die These vertreten, dass das Hungersterben unter den Kriegsgefangenen bedeutend hätte gemindert werden können, wenn die Deutschen die Lebensmittel-Hilfen der Bevölkerung nicht so strikt unterbunden hätten, vgl. Berkhoff, *The „Russian“ Prisoners of War*.

55 Arbeitsbericht der BHO für die erste Verwaltungsratssitzung im Dezember 1941, BARH R 3101, Nr. 34174, Bl. 51. Vor Kriegsbeginn arbeiteten im Steinkohlenbergbau des Donbas etwa 1600 Ingenieure und 2200 Techniker; L. M. Jasnopol'skij, *Kamennougol'naja promyšlennost'*, Bd. 1, Kiev 1956, S. 179–183.

56 Sowjetische Quellen berichten allein für das Gebiet Stalino von 2594 Führungskadern der Industrie, die im besetzten Gebiet geblieben waren, DADO, F. 326, Op. 2, Nr. 61, Bl. 28.

Grundveranlagung eine recht gute Ausbildung genossen hat. So werden von einigen Herren die russischen Ingenieure besser als die deutschen beurteilt. Dies hat zwangsläufig dazu geführt, dass sich die Betriebsleiter veranlasst gesehen haben, sogar Deutsche besonders qualifizierten Russen zu unterstellen.“⁵⁷

Die Mitarbeit der einheimischen Industriekader war ein entscheidender Faktor für den Erfolg der deutschen Ausbeutungspolitik im Bergbau.⁵⁸ Ihre Kenntnisse über die Gegebenheiten unter Tage waren wichtig für den Wiederaufbau der zerstörten Bergwerke, da die Rote Armee beim Rückzug nahezu alle Grubenbilder und Pläne mitgenommen hatte. Darüber hinaus halfen einige der Ingenieure bei der Rekrutierung der einheimischen Arbeitskräfte. Sie übergaben der Polizei Listen mit der früheren Stammebelegschaft der einzelnen Gruben, die diese dann – wenn erforderlich mit Gewalt – zur Arbeit einzog. In einzelnen Fällen erstellten sie auch Listen von „schlechten Arbeitskräften“ oder von Arbeitslosen, die dann ins Reich verschleppt wurden, und beteiligten sich an der „Aussonderung von Juden und Kommunisten“.⁵⁹ Die Zusammenarbeit brachte den Ingenieuren zum Teil erhebliche materielle Vorteile.⁶⁰

Manchmal wurden die einheimischen Aufseher von den Arbeitern mehr gefürchtet als die deutschen Steiger. Es kam sogar vor, dass sich die Arbeiter beim deutschen Kommando über die einheimischen Aufseher beschwerten.⁶¹ Beispielsweise ist aus mehreren Bergwerken überliefert, dass einheimische Ingenieure bei Arbeitsverweigerungen gegenüber den Arbeitern ein hartes Strafsystem mit Prügelstrafen und Lebensmittelentzug anwandten. Manchmal geschah dies sogar auf eigene Initiative ohne Anweisung des deutschen Bergwerksdirektors.⁶²

Die Tatsache, dass sich offenbar so viele Ingenieure in deutsche Dienste stellten, erscheint erklärungsbedürftig. Das Spektrum an Motiven war breit und reichte von der elementaren Existenzsicherung über Profitstreben bis hin zu politischen Überzeugungen. Die Verbreitung einer „anti-sowjetischen Haltung“ der Ingenieure erklärt sich möglicherweise auch aus spezifischen Repressionserfahrungen der gesamten Berufsgruppe in der jüngsten Vergangenheit. So waren

57 Westfälisches Wirtschaftsarchiv, NIK-3892, Bl. 4.

58 CDAHOU, F. 1, Op. 23, Nr. 3839, Bl. 27 ff.

59 ASBUDO, F. 1, Nr. 26612; ebenda, Nr. 42341; ebenda, Nr. 66345; ebenda, F. 2, Nr. 1339; CDAHOU, F. 1, Op. 23, Nr. 3839, Bl. 27–41 RS.

60 ASBUDO, F. 1, Nr. 26612, Bd. 1, Bl. 231–276; ebenda, Bd. 2, Bl. 375–388; ebenda, Nr. 42341, Bl. 3–13.

61 Beschwerdebrief von vier Arbeitern des Bergwerks Nr. 11 „Smoljanka“ über den einheimischen Bergwerksdirektor an den „Leiter der Gestapo“, DADO, F. R-1611, Op. 1, Nr. 22, Bl. 118 f.

62 Strafsache Bessonov u. a., ASBUDO, F. 1, Nr. 42341, Bl. 3.

in den zwanziger Jahren im Zuge des „Generalangriffs auf die bourgeoisen Spezialisten“ zahlreiche leitende Ingenieure unter dem vorgeschobenen Vorwurf der „Wirtschaftsspionage“ oder der „konterrevolutionären Tätigkeit“ zu langen Gefängnis- und Lagerstrafen verurteilt worden. Wenig später setzte die Stachanov-Bewegung in der Mitte der dreißiger Jahre den Beginn für eine neue Welle der Feindschaft gegenüber den Ingenieuren, die ihren Höhepunkt im Großen Terror der Jahre 1937/38 fand. Während des Großen Terrors wurde nahezu das gesamte Management des Steinkohlenbergbaus ausgewechselt. Die Verurteilung zu Haftstrafen und Zwangsarbeit gehörte in dieser Zeit für Manager und Ingenieure somit zum Berufsrisiko.⁶³

Ein anderer Aspekt, der einige der Ingenieure bewegt haben könnte, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, ist die Enttäuschung über die sozialistischen Produktionsmethoden und der Glaube an die technische Überlegenheit und das Modernisierungspotenzial der deutschen Besatzer.⁶⁴ Aber nicht alle Spezialisten kooperierten mit den deutschen Besatzungsbehörden. Es gab auch Fälle, in denen Ingenieure, die in leitender Position für die Deutschen arbeiteten, tatsächlich als Agenten für den NKVD oder Partisaneneinheiten tätig waren.⁶⁵ Insgesamt war der Widerstand der lokalen Bevölkerung im Donbas gegen das deutsche Besatzungsregime – im Gegensatz zu seiner propagandistischen Überhöhung in der Sowjethistoriografie – jedoch vergleichsweise gering.⁶⁶

Die Erfahrung der NS-Zwangsarbeit

Die individuellen Erfahrungen der Zwangsarbeit unter den Deutschen lassen sich nur noch in Ansätzen, vor allem auf der Grundlage von Oral-History-Interviews ermitteln. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Erinnerungskonstruktionen der Zeitzeugen die biografischen Erfahrungen immer wieder neu formen und ihnen im Kontext ihres aktuellen Wertesystems einen Sinn verleihen. Interviews

63 Vgl. dazu die Kader-Statistik des sowjetischen Kohleministeriums, *Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Ėkonomiki (RGAĖ)*, F. 8225, Op. 1, Nr. 7128, Bl. 12–15, 42–59; Susanne Schattenberg, *Stalins Ingenieure. Lebenswelten zwischen Technik und Terror in den 1930er Jahren*, München 2002.

64 *Doneckij vestnik*, Doneck, 18. 12. 1941; ebenda, 12. 2. 1942; ebenda, 26. 5. 1943.

65 Vgl. z. B. die Memoiren von Aleksandra Pronjakina (A. G. Pronjakina, *My pomnim*, Doneck 2001).

66 Vgl. zu Kollaboration und Widerstand im Donbas ausführlich: Tanja Penter, *Die lokale Gesellschaft im Donbass unter deutscher Okkupation 1941–1943*, in: *Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus*, Bd. 19: Kooperation und Verbrechen: Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939–1945, Göttingen 2003, S. 183–223.

spiegeln daher vor allem wider, wie die Befragten die historischen Ereignisse aus heutiger Sicht wahrnehmen.⁶⁷

Zu den Motiven von Terror und Gewalt sowie katastrophalen Lebensbedingungen treten in den heutigen, aktualisierten Erzählungen manchmal neue Narrative hinzu, die auch positive Erfahrungen beschreiben. Darunter finden sich einzelne freundschaftliche Begegnungen mit Deutschen oder auch für Sowjetbürger attraktive Aspekte der deutschen Arbeitskultur. So äußerten einige der Befragten, dass sie damals gelernt hätten, „gut und gewissenhaft zu arbeiten“.⁶⁸ Manche Zeitzeugen erfuhren ihren Arbeitseinsatz unter deutscher Herrschaft sogar als besonders geordnet, bis hin zum Pedantismus, und stellten diesen den viel chaotischeren Arbeitserfahrungen im Stalinismus vor und nach dem Krieg gegenüber.⁶⁹

Angesichts der relativ großen Zahl von deutschen Spezialisten (Betriebsdirektoren, Steiger und vor allem Hauer), die unter der Besatzung im Donbas-Bergbau als Aufsichtskräfte tätig waren, ist davon auszugehen, dass die meisten einheimischen Bergleute direkte Kontakte zu Deutschen hatten. In der sowjetischen Bevölkerung trafen die deutschen Fachkräfte – zumindest in der Anfangsphase der Okkupation – auf eine hohe Erwartungshaltung im Hinblick auf den Wiederaufbau des Bergbaus und das Wiederaufblühen der Region. Wenn man deutschen Stimmungsberichten Glauben schenken kann, so waren Vorstellungen von großer Leistungsfähigkeit, Organisationstalent und technischer Überlegenheit der Deutschen in Teilen der lokalen Bevölkerung durchaus verbreitet.⁷⁰

Die Besatzungspresse bemühte sich, dieses Bild zu bestätigen und im Umlauf zu halten. Letztlich aber gründeten sich die Vorstellungen der Sowjetbürger vom modernen Westen bereits auf die sowjetische Propaganda und Politik, die zur Mobilisierung der Bevölkerung für die Industrialisierung zu Beginn der dreißiger Jahre das Vorbild – und zugleich das abschreckende Beispiel – des westlichen Auslands, insbesondere Amerikas, beschworen hatte. Seit Ende der zwanziger Jahre hatte sie in bedeutendem Umfang moderne Technik und Spezialisten im Ausland, vor allem in den USA und in Deutschland, eingekauft. Die Arbeitsmigranten, die im Zuge dessen in den Donbas kamen, prägten das positive Bild von den deutschen Fachleuten. Einige der deutschen Aufsichtskräfte unter der Besat-

67 Harald Welzer, Das Interview als Artefakt. Zur Kritik der Zeitzeugenforschung in: BIOS: Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 13 (2000), S. 51–63, hier S. 60.

68 Interview mit G. E. G., (geb. 1933), aufgezeichnet von Dmytro Tytarenko in Donec'k im August 2010.

69 Interview Valentin N. (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

70 Vgl. beispielsweise Stimmungsbericht der Technischen Überwachung im Gebiet der Direktion 4, undatiert, BArch-MA RW 31, Nr. 656, Bl. 56 f.

zung besaßen dadurch auch bereits Arbeitserfahrungen im sowjetischen Bergbau. Nicht wenige Sowjetbürger hingen daher der Vorstellung nach, „etwas von den deutschen Spezialisten lernen zu können“, wie es der bekannte Ingenieur und Wissenschaftler Šerstjukov 1942 in einem Artikel in der Besatzungspressen formulierte.⁷¹ Insbesondere für die sowjetischen Ingenieure diente das Bild des Westens als Vergleichsmaßstab, an dem sie sich abarbeiteten.⁷² Mit den Realitäten der Besatzungsherrschaft hatte der Glaube an das Potenzial der Deutschen allerdings nicht viel zu tun: Es waren häufig gerade die Inkompetentesten, die sogenannten Ostnieten,⁷³ die als Spezialisten in die besetzten Ostgebiete gingen. So wich die anfängliche positive Erwartung der lokalen Bevölkerung mit fortschreitender Okkupationszeit immer mehr einem Gefühl der großen Enttäuschung.⁷⁴

Über die Arbeitsbeziehungen zwischen den deutschen und den einheimischen Arbeitskräften unter der Besatzung finden sich widersprüchliche Aussagen, die vermuten lassen, dass vieles hier von den jeweiligen Umständen abhing. Der ukrainische Bergmann Nikitenko, der als Sechzehnjähriger unter den Deutschen arbeitete, erinnerte sich: „Die Leute, die mit uns auf der Zeche gearbeitet haben, das waren Bergleute aus dem Ruhrgebiet und vielleicht auch aus dem Saarland. Sie selbst waren Bergleute von Beruf. [...] Diese Bergleute waren für uns ‚unsere Deutschen‘. Sie krümmten niemandem ein Haar. Sie verstanden uns und sagten uns sogar: ‚Wir sind genauso Arbeiter wie Ihr!‘“⁷⁵ Von der Bedeutung, die diesem Kontakt mit den Deutschen auch in der Retrospektive beigemessen wurde, zeugt die Tatsache, dass viele Zeitzeugen sich bis heute an die Vornamen der deutschen Aufsichtskräfte und ihre Herkunftsorte in Deutschland erinnern.

Aus anderen Bergwerken ist hingegen überliefert, dass die einheimischen Arbeitskräfte von deutschen Steigern geschlagen und gedemütigt wurden.⁷⁶ Auch die Wirtschaftsinspektion Süd stellte im Juli 1942 in ihrem Lagebericht fest, dass „gelegentliche schlechte Behandlung, besonders Schlägen der Arbeiter“, einen negativen Einfluss auf die allgemeine Stimmung ausübte.⁷⁷ Aleksandra Pronjakina, die im Alter von 15 Jahren in einem Bergwerk unter Tage gearbeitet hatte, erinnerte sich, dass sie von einem deutschen Steiger vor der gesamten Belegschaft

71 Doneckij vestnik, Doneck, 12. 2. 1942.

72 Vgl. zum Amerikanismus unter den Ingenieuren ausführlich Schattenberg, *Stalins Ingenieure*, S. 253–286.

73 Vgl. dazu Bernhard Chiari, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrussland 1941–1944*, Düsseldorf 1998, S. 59 ff.

74 Vgl. dazu die Lage- und Stimmungsberichte der Wirtschaftsinspektion Süd.

75 Interview mit Valentin N. (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

76 ASBUDO, F. 1, Nr. 26612, Nr. 42341, Nr. 66345.

77 BArch-MA RW 31, Nr. 432.

ins Gesicht geschlagen und gedemütigt wurde, weil sie nicht zur Arbeit erschienen war.⁷⁸ Ein anderer Zeitzeuge erinnerte sich, dass Arbeitskräfte, die die Arbeit verweigerten, von den Deutschen mit dem Tode bestraft wurden.⁷⁹

Für den Fördererfolg der Bergwerke spielten die betrieblichen Arbeitsbeziehungen eine große Rolle. Eine wichtige Erfahrung der Besatzer war, dass Steigerungen der Arbeitsleistung zumeist nicht durch eine Verschärfung des Zwangs, sondern eher durch richtigen Einsatz und angemessene Behandlung der einheimischen Arbeiter erzielt werden konnten.⁸⁰ Erfahrungen mit den sowjetischen Arbeitsmethoden waren hier von besonderem Vorteil, wie die Wirtschaftsinpektion Süd im Mai 1943 berichtete: „Es hat sich überhaupt gezeigt, dass die Betriebsführer, die sich mit den Vorkriegsverhältnissen in den Betrieben und den von den Sowjets angewandten Methoden am meisten befasst haben, am besten mit ihrer Arbeiterschaft den für eine ersprießliche Arbeit erforderlichen Kontakt bekommen.“⁸¹ Insgesamt wurde die Arbeitsleistung der sowjetischen Arbeitskräfte von den deutschen Betriebsleitern sehr positiv beurteilt: „Die Aussagen der verantwortlichen Betriebsleiter über die ihnen zur Verfügung stehenden Arbeiter sind ziemlich einheitlich und gehen im wesentlichen dahin, dass der Ukrainer bei richtiger Leitung als ein sehr williger und auch fachlich und leistungsmäßig guter Arbeiter anzusprechen ist.“⁸²

Fragt man nach der Wahrnehmung und Erfahrung des Arbeitseinsatzes bei der Bevölkerung, so ist auffällig, dass die Arbeit unter den Deutschen von den meisten gar nicht als Form der „Zwangsarbeit“ wahrgenommen und bezeichnet wurde. Denn „Zwangsarbeit“ war im Verständnis der Sowjetbürger zumeist mit der Unterbringung in einem Arbeitslager verbunden. Zudem wird eine Rolle gespielt haben, dass für die sowjetischen Arbeiter nach den Erfahrungen der stalinistischen Industrialisierung der dreißiger Jahre die Verbindung von Arbeit, Zwangsmaßnahmen und einer Beschränkung der persönlichen Freiheitsrechte nichts wesentlich Neues, sondern geradezu die Normalität darstellte. Zwang war bereits zur Normalität geworden.

Die Arbeitserfahrung der Bergleute unter der Besatzung zeichnete sich durch ein überraschend großes Maß an Kontinuität aus, da die stalinistische Kommandowirtschaft bereits den Charakter einer permanenten Notstandswirtschaft besaß. Forschungsarbeiten zur Sowjetunion der dreißiger Jahre sprechen sogar

78 Interview mit Aleksandra P. (geb. 1927), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

79 Interview mit Viktor S., aufgezeichnet im Oktober 2004 in Donec'k.

80 BArch-MA RW 31, Nr. 418.

81 Ebenda, Nr. 477, Bl. 71.

82 Eindrücke einer Russlandreise vom 10. bis 14. 8. 1942, unter Teilnahme von Paul Pleiger und Alfred von Bohlen und Halbach, Westfälisches Wirtschaftsarchiv, NIK-3892.

von einem „simulierten Kriegszustand“, der seinen Ausdruck in einer starken Militarisierung des alltäglichen Lebens fand.⁸³ Die Arbeitsbeziehungen unter der deutschen Besatzung sind daher als sozial-, gesellschafts- und kulturgeschichtliches Phänomen nur zu verstehen, wenn sie in jenem Kontext der sowjetischen Vorkriegszeit historisiert werden.

Fazit: Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten?

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau unterschieden sich nicht wesentlich von denen der ins Reich verschleppten Ostarbeiter, die dort im Bergbau eingesetzt wurden. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Ausbeutung, weitgehende Rechtlosigkeit, katastrophale Versorgung und die Erfahrung von Terror und Gewalt war ihre Situation mindestens ebenso schlecht.

Der Anteil derjenigen, die mit Gewalt zur Arbeit gezwungen wurden, war in beiden Fällen beachtlich, wenngleich es hier wie dort auch freiwillige Meldungen gab, die jeweils mit den allgemeinen Bedingungen im besetzten Gebiet korrespondierten. Sowohl für die Bergleute im Donbas als auch für ihre Landsleute im Reich galt, dass die Arbeitsverhältnisse nicht ohne Weiteres gelöst werden konnten. Die sowjetischen Arbeitskräfte konnten weder hier noch dort Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen nehmen und waren weitgehend rechtlos.

Zudem bestand eine massive lohnrechtliche Benachteiligung der sowjetischen Arbeitskräfte, die im besetzten Gebiet möglicherweise sogar noch größer war. Zwar war der „Osteinsatz“ im Donbas für die Deutschen durchaus mit besseren Verdienstmöglichkeiten und beruflichen Aufstiegschancen verbunden, die sowjetischen Arbeiter mussten jedoch mit Verpflegungsrationen und Löhnen auskommen, die deutlich geringer waren als jene im Reich.

Auch wenn einige zwangsweise Deportationen und „Umsiedlungen“ von Arbeitskräften innerhalb des Donbas überliefert sind, so war die Mehrzahl der Zivilarbeiter hier jedoch nicht in Lagern untergebracht, sondern lebte zumeist in ihren alten Wohnungen und Familienverbänden, was für viele der Betroffenen sicher einen bedeutenden Vorteil gegenüber dem Reichseinsatz darstellte. Sie

83 Sheila Fitzpatrick, *War and Society in Soviet Context. Soviet Labor before, during and after World War II in: International Labor and Working-Class History* 35 (1989), S. 37–52; Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 645; Dietmar Neutatz, *Die Moskauer Metro von den ersten Plänen bis zur Grossbaustelle des Stalinismus (1897–1935)*, Köln/Wien 2001, S. 13.

besaßen dadurch größere Mobilitätsfreiräume und konnten ihre alten Sozialbeziehungen und Netzwerke aufrechterhalten. Dieses Zugeständnis an Mobilität war aber auch aus einer Notwendigkeit erwachsen, da die Familien nur durch regelmäßige Hamsterfahrten aufs Land ihr Überleben sichern konnten. Die Löhne und Nahrungsmittelrationen waren zu gering.

Ganz anders sah die Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen aus, die als Arbeitskräfte im Bergbau eingesetzt wurden. Ihre Überlebenschancen in den Bergbau-Lagern waren verschwindend gering.

Angesichts der selektiven Hungerpolitik der Besatzungsmacht in den ukrainischen Industrieregionen und der allgemeinen Logik des Vernichtungskrieges könnte man den Arbeitseinsatz der Bergleute aber auch unter dem Aspekt der versuchten „Rettung durch Arbeit“ betrachten. Denn letztlich war es das wachsende Interesse der deutschen Kriegswirtschaft an der Ausbeutung der Arbeitskraft der sowjetischen Industriearbeiter, das zu einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und damit Erhöhung ihrer Überlebenschancen führte. Der Arbeitseinsatz war ein Bereich des grausamen Besatzungsalltags, in dem ein vergleichsweise hohes Maß an „Normalität“ erfahren wurde und der den Beschäftigten einen gewissen Schutz vor physischer Vernichtung sowie die „Gemeinschaft und Solidarität des Kollektivs“ sicherte, wie sich die Zeitzeugin Aleksandra Volkova erinnerte.⁸⁴

Auch gab es große Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen der verschiedenen Gruppen der sowjetischen Arbeitskräfte. So zeigt das Beispiel der sowjetischen Bergbauingenieure, dass nicht jedes Arbeitsverhältnis unter deutscher Besatzung mit dem Begriff der Zwangsarbeit angemessen beschrieben werden kann. Dabei hingen hier die Überlebenschancen der verschiedenen Gruppen in hohem Maße von ihrem Zugang zu Nahrungsmitteln ab.

Die Landbevölkerung war im Allgemeinen, jedoch nicht in jedem Einzelfall, besser gestellt als die Stadtbevölkerung. Auch in den Städten gab es privilegierte Arbeitsplätze bei deutschen Dienststellen oder in den einheimischen Verwaltungen. Deutlich schlechteren Arbeits- und Lebensbedingungen waren dagegen vielfach die Arbeitskräfte der Rüstungsbetriebe ausgesetzt. Unter ihnen standen in der „Arbeitskräfte-Hierarchie“ nur noch die sowjetischen Kriegsgefangenen und die jüdischen Arbeitskräfte.⁸⁵

Die Empirie zeigt die Grenzen des „Zwangsarbeiter“-Begriffs in den besetzten Gebieten auf: Er eignet sich wenig, um die Unterschiedlichkeit der Arbeitsbeziehungen und Lebenslagen im besetzten Gebiet (Stadt- und Landbevölkerung, Arbeiter und Ingenieure, Juden und Nicht-Juden, Kriegsgefangene und Zivilar-

84 Interview mit Aleksandra V. (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

85 Vgl. dazu ausführlicher Penter, *Arbeiten für den Feind*.

beiter) und die engen Wechselbeziehungen, zum Teil auch Überschneidungen, zwischen der „Arbeit für den Feind“, „Kollaboration“ und auch „Widerstand“ zu erfassen.

Von der westlichen Nachkriegsjustiz ist die Frage, ob die Arbeitskräfte im Steinkohlenbergbau des Donbas „Zwangsarbeiter“ waren, juristisch eindeutig beantwortet worden: Paul Pleiger, Leiter der BHO, wurde im Nürnberger Wilhelmstraßenprozess auch im Anklagepunkt der „Verantwortlichkeit für Sklavenarbeit in den Einrichtungen der BHO in Russland“ schuldig gesprochen. Die Anklage warf ihm vor, dass er den Zwangscharakter der Arbeiteranwerbungen bei der BHO gekannt und gebilligt hatte und die Verantwortung trug für „die schlechte Behandlung der Arbeiter, ihre unzulängliche Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung“.⁸⁶

In der sowjetischen Nachkriegsgesellschaft entwickelte sich dagegen ein ganz anderer Deutungskontext. Dort gerieten diejenigen, die „für den Feind“ gearbeitet hatten, nun unter den Pauschalverdacht, „Vaterlandsverräter“ und „Kollaborateure“ zu sein.

Nach der Befreiung und Repatriierung: Opfer zweier Diktaturen

Nicht nur die heimkehrenden Ostarbeiter und Kriegsgefangenen, sondern auch diejenigen, die unter deutscher Besatzung gelebt hatten, erfuhren in der sowjetischen Nachkriegszeit nicht selten Repressalien und Diskriminierungen. Noch kaum untersucht ist bisher jene Arbeit, die die Repatriierten nach ihrer Heimkehr in die Sowjetunion leisten mussten: In das Steinkohlenrevier des Donbas waren bis 1948 knapp 150 000 ehemalige Zwangsarbeiter repatriiert worden, von denen ein großer Teil als Arbeitskräfte im Bergbau eingesetzt wurde.⁸⁷

Gemessen an der Zahl von über 330 000 Ostarbeitern, die aus dem Donbas nach Deutschland verschleppt worden waren, konnte dies den enormen Bevölkerungsverlust allerdings nicht einmal zur Hälfte aufwiegen. Die Repatriierten stellten im Donbas, wo in der Nachkriegszeit die Erfahrungen von Zwangsarbeit und Deportation in vielfacher Weise gebündelt zum Tragen kamen, allerdings nur einen Teil der hier unfreiwillig eingesetzten Arbeitskräfte dar.

Mehrere große Kontingente unfreier Arbeitskräfte waren seit der Befreiung von der deutschen Herrschaft in die Region gebracht worden, darunter erstmals auch eine große Zahl von Ausländern. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um

86 NA, M-897, roll 155, Bl. 139; ebenda, roll 141, Bl. 97 f.

87 Vgl. dazu ausführlich Pentec, Kohle für Stalin und Hitler, S. 301–356.

westliche, zum größten Teil deutsche Kriegsgefangene sowie um „internierte und mobilisierte“ deutsche Zivilisten – das waren überwiegend „Volksdeutsche“, die aus Ostmittel- und Südosteuropa in die Sowjetunion verschleppt worden waren.

Auch die Repatriierten bildeten keine homogene Gruppe: Sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter, die nach Deutschland verschleppt worden waren, fielen darunter, aber auch Sowjetbürger, die in der besetzten Heimat beispielsweise als Hilfspolizisten oder Starosty mit den deutschen Besatzungsorganen zusammengearbeitet oder in deutschen Kampfverbänden gedient hatten. In einzelnen Bergwerken des Donbas bestand die Belegschaft im Oktober 1945 zu 80 Prozent aus unfreien Arbeitskräften.⁸⁸ Während der Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen und Internierten vor allem unter dem Motto „Reparationen durch Arbeit“ stand, stellte die Zwangsarbeit der Repatriierten – nach Ansicht der sowjetischen Regierung – eine Wiedergutmachung ihrer persönlichen Schuld gegenüber der Heimat dar.⁸⁹

In den neuen „Zwangsarbeiter-Hierarchien“, die einhergingen mit unterschiedlichen Freiheitsrechten, einem unterschiedlichen Zugang zu Nahrungsmitteln sowie einem abgestuften System der Zwangsarbeit, offenbarte sich nicht zuletzt die Neukategorisierung und Neuhierarchisierung der sowjetischen Nachkriegsgesellschaft. Bis heute wurde die Rolle unfreier Arbeitskräfte beim Wiederaufbau in der Sowjetunion von der historischen Forschung noch kaum untersucht, was lange Zeit vor allem auf den fehlenden Aktenzugang in den russischen Archiven zurückzuführen war und auf die Tatsache, dass eine bedeutende Wiederaufbauleistung von Zwangsarbeitern im Widerspruch zu den offiziellen Wiederaufbaumythen der Sowjetideologie stand.⁹⁰

88 In den Bergwerksbetrieben des Kombinats Stalinugol' waren im Oktober 1945 insgesamt 22 304 Internierte, 12 137 Kriegsgefangene, 12 597 Spezialkontingent und 19 900 Repatriierte, die in die beständigen Kader übergegangen waren, beschäftigt, CDAHOU, F. 1, Op. 76, Nr. 1016, Bl. 57. In den Bergwerken des Kombinats Vorosilovgradugol' zählte man zum gleichen Zeitpunkt 19 155 Internierte, 18 992 Kriegsgefangene und 891 Spezialkontingent, CDAHOU, F. 1, Op. 76, Nr. 1000, Bl. 34. Im Kombinat Artemugol' gehörten 9950 Internierte, 4640 Kriegsgefangene und 8700 Spezialkontingent zur Belegschaft, CDAHOU, F. 1, Op. 76, Nr. 1016, Bl. 41. Das Kombinat Donbasantracit zählte 5649 Internierte, 13 103 Kriegsgefangene und 1331 Spezialkontingent, CDAHOU, F. 1, Op. 76, Nr. 1000, Bl. 17. Insgesamt waren im Donbas somit im Oktober 1945 mindestens 130 000 unfreie Arbeitskräfte beschäftigt.

89 Auch im polnischen Bergbau waren in der Nachkriegszeit Zwangsarbeiter, vor allem zivile Reichs- und Volksdeutsche, Kriegsgefangene und auch politische Häftlinge, eingesetzt worden; vgl. Kazimierz Paschenda/Roman Smolorz, Zwangsbeschäftigte im polnischen Bergbau 1945–1956 in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 49 (2001), S. 389–409.

90 Vgl. Pavel Poljan, *Ne po svoej vole ... Istorija i geografija prinuditel'nych migracij v SSSR*,

Hunderttausende von Sowjetbürgern, die (wie einige der Bergbauingenieure) in leitender Funktion mit den Deutschen zusammengearbeitet oder den Tod von Landsleuten zu verschulden hatten, wurden von sowjetischen Militärtribunalen als „Vaterlandsverräter“ zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilt.⁹¹

Es trifft wohl auf alle Repatriierten zu, dass sie in ihrer Heimat Bürger zweiter Klasse waren. Das Stigma, für die Deutschen gearbeitet zu haben, sollte für den weiteren Lebensweg der meisten Heimkehrer negative Folgen haben, die sich in Form von Diskriminierungen, beruflichen Problemen, Verweigerung der Zulassung zu einer höheren Ausbildung und anderen Benachteiligungen äußern konnten. Die Repatriierten hatten bis zum Ende der Sowjetunion keine Möglichkeit, ihre Erfahrungen unter deutscher Herrschaft öffentlich zu verarbeiten. Nicht wenige verheimlichten das Stigma, in Deutschland gewesen zu sein, ein Leben lang selbst vor den engsten Angehörigen.⁹²

Diskriminierungen und Stigmatisierungen aufgrund des Pauschalverdachts des Vaterlandsverrats trafen aber auch mehrere Millionen Einwohner der besetzten Gebiete, bei denen ab 1943 ein diesbezüglicher Vermerk im Ausweis eingetragen wurde. Dieser Vermerk konnte Karrierechancen unter Umständen einschränken oder andere Probleme mit sich bringen. Jemand, der in den obligatorischen Fragebögen angab, dass er im besetzten Gebiet gelebt hatte, besaß kaum eine Chance, von einer höheren Bildungseinrichtung zum Studium angenommen zu werden oder auf anderem Wege in eine berufliche Leitungsposition zu gelangen.

Die „Arbeit für den Feind“ stellte bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion ein Thema dar, über das nicht öffentlich gesprochen werden konnte. Selbst wenn dies noch keine unmittelbaren Diskriminierungen bedeutete, so hatten die Betroffenen doch ein Leben lang mit dem Stigma des „Vaterlandsverrats“ zu kämpfen und waren bestrebt, diesen Abschnitt ihres Lebens zu verheimlichen.

Moskva 2001, S. 191–238; V. B. Konasov/A. V. Tereščuk, „Budut nemedlenno peredany sudu voennogo tribunala ...“, in: Russkoe prošloe (1994) 5, S. 318–337; P. N. Knyševskij, Gosudarstvennyj komitet oborony: metody mobilizacii trudovyh resursov, in: Voprosy istorii (1994) 2, S. 53–65; M. Semirjaga, Prikazy o kotorych my ne znali. Stalin chotel vyvezti iz Germanii v SSSR vseh trudospobnyh nemcev, in: Novoe vremja (1994) 15, S. 56 f.; I. I. Čuchin, Internirovannaja junost'. Istorija 517-go lagerja internirovannyh nemok NKVD SSSR, Moskva, Petrozavodsk 1995; A. S. Čajkovskij, Plen. Za čužie i svoi grechi. Voennoplennye i internirovannye v Ukraine 1939–1953 gg., Kiev 2002.

91 Tanja Penter, Local Collaborators on Trial. Soviet war crimes trials under Stalin (1943–1953) in: Cahiers du Monde russe 49 (2008), S. 341–364.

92 Pawel Polian, Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung, Wien, München 2001, S. 180–187; Ulrike Goeken-Haidl, Der Weg zurück – Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener während und nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2006, S. 528–543.

Valentina Ivanovna aus Donec'k, die die deutsche Besatzung als 14-Jährige miterlebte, erinnerte sich an die Nachkriegsjahre: „Die Diskriminierung zeigte sich nicht so offen. Das war mehr unterschwellig. Aber der Mensch spürte, dass er kein vollwertiges Mitglied des Kollektivs war. An meinem Arbeitsplatz als Buchhalterin habe ich immer gespürt, dass die Haltung mir gegenüber nicht so war wie gegenüber den Evakuierten.“⁹³

Für eine andere Zeitzeugin aus dem Donezbecken, die während der Besatzung in einer Brikettfabrik gearbeitet hatte, sind die Erinnerungen an die Diskriminierungen bis heute schmerzhaft: „Als unsere Truppen kamen, wurden wir terrorisiert, weil wir geblieben waren. Man hat uns verachtet, weil wir unter der Besatzung gelebt hatten. Als ich später zur Sozialfürsorgestelle ging, sagten sie mir, dass ich für die Deutschen gearbeitet hätte. Hätten die denn nicht für die Deutschen gearbeitet, wenn man ihnen eine Pistole vor die Brust gehalten hätte? So ist es. Ich leide darunter. Ja, ich habe sogar Angst mich daran zu erinnern. Es war schrecklich. Wir wurden verachtet. Warum? Waren wir etwa Verbrecher?“⁹⁴

Es waren vor allem die deutschen Entschädigungsdebatten und -programme seit den neunziger Jahren, die dazu führten, dass sich ehemalige Zwangsarbeiter erstmals offen zu ihrem Lebensweg bekennen konnten und sich eine breitere Öffentlichkeit für ihre Erfahrungen zu interessieren begann.⁹⁵ In vielen, allerdings nicht in allen Fällen ist heute eine Anerkennung der ehemaligen sowjetischen Zwangsarbeiter als NS-Opfer auch in ihren Heimatgesellschaften erfolgt, wobei die gesellschaftliche Anerkennung oft im direkten Zusammenhang mit dem Erhalt einer deutschen Entschädigungsleistung steht.

Umgekehrt ist die gesellschaftliche Anerkennung als NS-Opfer oft ausgeblieben, wenn – wie im Fall der Kriegsgefangenen – keine Entschädigungsleistung aus Deutschland gezahlt wurde. Es ist daher geradezu eine gesellschaftliche Notwendigkeit, auch die Zwangsarbeitsverhältnisse in den Blick zu nehmen, die (wie die Kriegsgefangenen und die Zwangsarbeiter im besetzten Gebiet) bisher von einer Entschädigungszahlung des deutschen Staates ausgeschlossen waren.

93 Interview mit Valentina I. (geb. 1927), aufgezeichnet im Dezember 2003 in Donec'k.

94 Interview mit Vera P. (geb. 1922), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

95 Vgl. zu den von Memorial Moskau 1990 begonnenen Versuchen zur Aufklärung des Schicksals der Ostarbeiter: Bernd Bonwetsch, Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945: Ein doppelter Leidensweg in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 41 (1993), S. 532–546.